Christine Hikel

Erinnerung als Partizipation

Inge Scholl und die „Weiße Rose" in der Bundesrepublik

1. Erinnerung – Politik – Partizipation

Erinnerung gibt darüber Auskunft, wie sich einzelne Personen, aber auch soziale Gruppen oder ganze Gesellschaften historisch verorten. Sie zeigt, welche Ereignisse diese als traditionsbildend für die eigene Gegenwart ansehen und welche Vorstellungen von Politik und Sozialordnung sie daraus ableiten. Erinnerung verfügt also über eine klare politische Dimension[1]. Die Deutungsmacht über die Vergangenheit muss verhandelt werden, und diese Prozesse brauchen Akteure. Wer erinnert wie an welche Personen oder Ereignisse? Welche Bilder von Vergangenheit und welche damit verbundenen Implikationen für die Gegenwart sollen evoziert werden? Wer Antworten auf diese Fragen gibt, entscheidet mit über die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Gegenwart. Damit hat Erinnerung auch eine partizipatorische Funktion.

Die Geschichtswissenschaft hat für die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit die Begriffe „Vergangenheitspolitik"[2] und „Geschichtspolitik"[3] geprägt, die beide die politische Dimension von Erinnerung widerspiegeln. Sie beziehen sich auf parlamentarische, juristische sowie institutionelle und damit staatliche Bewältigungsprozesse in traditionell männlich dominierten Arenen. Dieser Zugriff blendet Frauen als Akteurinnen weitgehend aus, obwohl gerade sie in hohem Maße die Erinnerung an den Nationalsozialismus prägten. Frauen waren oft die übrig Gebliebenen, die Überlebenden, die um Angehörige trauerten, an deren Schicksal erinnerten und dem Geschehenen Sinn zu geben versuchten[4]. Dabei traten sie als Erinnernde jedoch oft hinter dem

---

[1] Vgl. Aleida Assmann/Ute Frevert, Geschichtsvergessenheit, Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999, S. 42.

[2] Vgl. Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

[3] Vgl. Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999.

[4] Vgl. etwa den Beitrag von Anna Schnädelbach in diesem Band.

Objekt der Erinnerung zurück und verschwanden gleichsam dahinter.

Eine dieser Frauen, die den Erinnerungsdiskurs in der Bundesrepublik prägten, war Inge Scholl, die Schwester der 1943 hingerichteten Studenten Hans und Sophie Scholl von der Widerstandsgruppe „Weiße Rose". Ihre Rolle und ihre Gestaltungsmöglichkeiten werden im Folgenden beleuchtet. Dabei wird es auch darum gehen, die spezifischen Bedingungen und Zeitfenster herauszuarbeiten, die ihre Teilhabe begünstigten oder einschränkten.

2. Politisch-Werden

1917 geboren, war Inge Scholl das älteste von fünf Geschwistern. In ihren autobiografischen Texten beschrieb sie ihre Kindheit als sehr glücklich und geborgen. Der Nationalsozialismus sei in dieses Idyll eingebrochen und habe es zerstört, indem er die Familie entzweite und die liberalen politischen Vorstellungen des Vaters Robert Scholl den nationalsozialistischen Idealen der Kinder gegenüber stellte[5]. 1933 traten Inge Scholl und ihre Geschwister gegen den Willen der Eltern der Hitlerjugend in Ulm bei. Wie viele Angehörige ihrer Generation sammelte Inge Scholl in den nationalsozialistischen Jugendverbänden ihre ersten politischen Erfahrungen. Doch biografische Veränderungen wie der Schulabschluss, die Arbeit im Wirtschafts- und Steuerprüferbüro ihres Vaters und die damit verbundenen Verschiebungen ihrer persönlichen Interessen ließen das Engagement Inge Scholls beim BdM erlahmen. Dazu kam 1937 eine Verhaftung wegen „bündischer Umtriebe", die zu einer Distanzierung Inge Scholls vom Nationalsozialismus führte, ohne jedoch einen wirklichen Bruch hervorzurufen[6]. Diesen löste erst die Verhaftung und Hinrichtung ihrer Geschwister 1943 aus.

Die Studenten Hans und Sophie Scholl, Christoph Probst, Willi Graf und Alexander Schmorell sowie Professor Kurt Huber hatten 1942 und 1943 in München und anderen Städten des Reichs Flugblätter verteilt, die zu passivem Widerstand und zum Sturz der NS-Machthaber aufriefen. Am 18. Februar 1943 wurden die Geschwister

---

[5] Vgl. z.B. Inge Scholl, Die weiße Rose, Frankfurt a.M. [1]1952; zum Folgenden auch: Sönke Zankel, Mit Flugblättern gegen Hitler. Der Widerstandskreis um Hans Scholl und Alexander Schmorell, Köln u.a. 2008.

[6] Vgl. Sophie Scholl an Fritz Hartnagel, Mitte Januar 1938, in: Sophie Scholl/Fritz Hartnagel: Damit wir uns nicht verlieren. Briefwechsel 1937–1943, hrsg. von Thomas Hartnagel, Frankfurt a.M. 2005, S. 41.

Scholl denunziert und verhaftet, als sie an der Universität München Flugblätter verteilten. Fünf Tage später verurteilte der Volksgerichtshof die Scholls und Christoph Probst zum Tode. Die Hinrichtung fand noch am selben Nachmittag statt. In einem Folgeprozess im April 1943 wurden auch gegen Schmorell, Graf und Huber Todesurteile verhängt.

Inge Scholl hatte von dem Widerstand ihrer Geschwister nichts gewusst, dennoch war auch sie nun nationalsozialistischer Verfolgung ausgesetzt[7]. Die „Sippenhaft" und eine Anklage wegen „Rundfunkverbrechen" drängten Inge Scholl an den Rand der „Volksgemeinschaft", was auch im Rückzug der Familie Scholl aus Ulm auf einen einsamen Bauernhof im Schwarzwald zum Ausdruck kam. Aus Sicht des Regimes war damit die gesellschaftliche und politische Ausgrenzung der Familie Scholl erreicht. Für Inge Scholl war es jedoch auch eine Phase der Neuorientierung, der Suche nach neuen, verbindlichen Maßstäben verantwortlichen Handelns in der Gesellschaft. Sie wandte sich dem katholischen Glauben zu, der ihr nicht vom Nationalsozialismus korrumpiert schien[8]. Am 22. Februar 1945, dem zweiten Todestag ihrer Geschwister, konvertierte Inge Scholl zum Katholizismus[9]. Die Lebensbeichte, die sie zuvor abgelegt hatte, markierte den Abschluss mit ihrer Vergangenheit, die ihre NS-Biografie mit einschloss[10].

Nach der Hinrichtung von Hans und Sophie setzte sich Inge Scholl intensiv mit dem Widerstand und den Biografien ihrer Geschwister auseinander. Bereits am 30. März 1943 schrieb sie aus dem Polizeigefängnis in Ulm an ihren Verlobten Otl Aicher: „Ich werde mir, wenn ich zu Hause bin, jede kleinste Erinnerung an die Beiden, so gut ich's vermag, aufschreiben, denn die Zeit könnte manches verwischen."[11] Da Inge Scholl aber nicht zu den Eingeweihten gehört hatte, musste sie diese Leerstellen ihrer eigenen Erinnerung aus anderen Quellen füllen. Deshalb begann sie, systematisch Material über ihre Geschwister zu sammeln. Zeitzeugenberichte und Prozessakten sowie die Flugblätter der „Weißen Rose" bildeten neben den Selbstzeugnissen ihrer Geschwister die Grundlage des Archivs von Inge Scholl, das sie ständig erweiterte und ergänzte.

---

[7] Vgl. Zankel, Mit Flugblättern.

[8] IfZ-Archiv, ED 474 (NL Inge Aicher-Scholl)/32, Inge Scholl an Otl Aicher vom 22. 9. 1944.

[9] IfZ-Archiv, ED 474/33, Inge Scholl an Otl Aicher vom 14. 1. 1945.

[10] IfZ-Archiv, ED 474/33, Inge Scholl an Otl Aicher vom 13. und 22. 2. 1945.

[11] IfZ-Archiv, ED 474/31, Inge Scholl an Otl Aicher vom 30. 3. 1943.

Zur Legitimität Inge Scholls als Schwester der Hingerichteten trat die Autorität des Archivs, die der Subjektivität der Familienerinnerung die scheinbare Objektivität der Archivalien an die Seite stellte. Dies ist deshalb von entscheidender Bedeutung, weil das Wissensmonopol auch Inge Scholls zentrale Stellung im Erinnerungsdiskurs über die „Weiße Rose" zementierte.

3. Erinnerung und Politik nach Kriegsende

Das Kriegsende bedeutete auch einen Bruch der Deutschen mit alten Erinnerungsbeständen, die durch den Nationalsozialismus diskreditiert worden waren. Doch auf welche Traditionen und historischen Vorbilder sollte der entstehende westdeutsche Staat nun aufbauen? Eine Option war der deutsche Widerstand gegen das NS-Regime. Diese Situation eröffnete Inge Scholl als Schwester von Widerstandskämpfern neue Möglichkeiten politischer Einflussnahme.

Die „Weiße Rose" hatte schon während des Kriegs eine breite Rezeption in Deutschland erfahren. Diese beschränkte sich nicht auf eine negative Deutung, wie sie das NS-Regime verbreitete, sondern es waren beispielsweise auch Flugblätter abgeschrieben und weiterverteilt worden[12]. Nach dem Krieg war dieses Erinnerungspotenzial noch immer vorhanden und wurde durch erste Gedenkfeiern unter alliierter Aufsicht – wie etwa in München im November 1945[13] –, Zeitungsartikel oder Volkshochschulveranstaltungen gefestigt und ausgebaut. Inge Scholl trug mit ihren als „authentisch" geltenden Berichten der Münchner Ereignisse von 1943 dazu bei und konnte so schnell ihre Sicht der Dinge verbreiten[14]. Diese Darstellungen – nicht nur von Inge Scholl – enthielten immer schon Deutungen der Vergangenheit und Lehren aus dieser Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft.

Inge Scholls Blick auf die „Weiße Rose" war in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem von einer großen Unsicherheit in Bezug auf den Begriff des Politischen gekennzeichnet. Diese Skepsis teilte sie mit vielen Vertretern ihrer Generation, die Politik mit Nationalsozialismus gleichsetzten. Wesentlich bedeutungsvoller schien deshalb der Aspekt der moralischen Integrität als Voraussetzung allen

---

[12] IfZ-Archiv, ED 474/284, Franz Völkl an Inge Scholl vom 8.3.1947 und Alfred Wenzel an Inge Scholl vom 2.3.1947.

[13] IfZ-Archiv, ED 474/35, Tagebucheintrag Inge Scholls vom 5.11.1945.

[14] IfZ-Archiv, ED 474/382, Korrespondenz Inge Scholls mit Frau S. (Volkshochschule Wuppertal/Barmen).

Handelns. Nur über die Kategorie des Moralischen konnte das Politische als Begriff und Handlungsoption wieder rehabilitiert werden. 1945 sagte Inge Scholl in einer Rundfunkansprache:

> „Wenn man schon über meine Geschwister und ihre Freunde sprechen will, so muss vor allem dies gesagt sein, dass ihre Kraft nicht aus einem politischen Aktionismus erwuchs, sondern aus Gefühlen der Menschlichkeit, die sich bestärkten und gerade richteten in einer befreienden Bindung an Gott."[15]

Diese religiös motivierte moralische Ummantelung des Politischen im Widerstand findet sich auch in Inge Scholls eigener Biografie wieder. Die Volkshochschule in Ulm, die seit Frühjahr 1946 unter ihrer Leitung stand, wurde von ihr als dezidiert politische Einrichtung verstanden[16]. Doch die politische Bildung bestand nicht aus Kursen über Parlamentarismus und Demokratie, sondern wichtigster Bestandteil des Programms waren philosophische und theologische Rückbesinnungen auf das Menschliche und auf moralische Grundwerte[17]. Dies sollte den Menschen vor totalitären Verführungen schützen und ihn zu einem verantwortungsbewussten Handeln in einem demokratischen Staatswesen befähigen.

4. Demokratie – Freiheit – Frieden

Der Zukunftsoptimismus, mit dem die Erinnerung an die „Weiße Rose" in der unmittelbaren Nachkriegszeit verbunden war, schien in der frühen Bundesrepublik durchaus angebracht zu sein. Die politischen Diskurse pluralisierten sich und es etablierten sich neue, demokratische Gepflogenheiten. Ein zentrales Thema im neuen politischen Rahmen blieb weiterhin die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Dabei wurde mit den Begriffen Demokratie, Freiheit und Frieden ein Diskursfeld abgesteckt, das sich dezidiert gegen die „Verirrungen" des Nationalsozialismus wandte und sich für die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik einsetzte[18]. In der Folgezeit entwickelte sich

---

[15] IfZ-Archiv, ED 474/397, Inge Scholl: „Zum Gedenken an Sophie und Hans Scholl und ihre Freunde" (Erste Rundfunkansprache) 1945.

[16] IfZ-Archiv, ED 474/445, Inge Scholl: Vorrede zur Gründung des Tabakskollegiums, o.D. (ca. 1946).

[17] Vgl. die Programmübersicht der Volkshochschule Ulm in: Barbara Schüler, „Im Geiste der Gemordeten...". Die „Weiße Rose" und ihre Wirkung in der Nachkriegszeit, Paderborn u.a. 2000, S. 476–493 und S. 499ff.

[18] Vgl. die Artikel „Demokratie", „Freiheit" und „Friede", in: Heidrun Kämper, Opfer – Täter – Nichttäter. Ein Wörterbuch zum Schulddiskurs 1945–1955, Berlin 2007.

daraus zunehmend eine Abgrenzungsstrategie zu totalitären Regimen jeglicher Couleur, insbesondere dem „Ostblock" und der DDR. Inge Scholl konnte über diese Begriffe auch den Widerstand der „Weißen Rose" in die westdeutsche Gegenwart einpassen. „Freiheit", auch im Sinne individueller Freiheit, wurde als politischer Kampfbegriff in diesem Kontext zum Zentrum des Widerstands der „Weißen Rose", gleichermaßen als Motivation und Ziel des regimekritischen Handelns der Studenten. Diese Interpretation lag nahe, schließlich hatte die „Weiße Rose" in ihrem letzten Flugblatt „die persönliche Freiheit, das kostbarste Gut des Deutschen", vom „Staat Adolf Hitlers" zurückgefordert[19]. Inge Scholl betonte in ihren politischen Stellungnahmen zum Widerstand ihrer Geschwister die Aktualität des Freiheitsbegriffs in Abgrenzung zu allen totalitären Regimen, nicht nur zum Nationalsozialismus. Bereits 1951 hob sie in einer von RIAS Berlin übertragenen Gedenkstunde der Freien Universität Berlin für „Professoren und Studenten, die dem nationalsozialistischen und sowjetischen Terror zum Opfer fielen", diesen Aspekt hervor und bezeichnete es als eine Voraussetzung für die Versöhnung mit der DDR, „dass die Freiheit der Persönlichkeit zuerst kommt, dass zuerst dieses Trennende, die Unterdrückung einzelner Menschen aufgehoben werden" müsse[20].

Diese Interpretation fand in der bundesdeutschen Gesellschaft großen Rückhalt. In einem Besinnungsaufsatz zum Thema „Was bedeutet Ihnen die Tat der Geschwister Scholl?" kam der Oberrealschüler H. aus Kempten im Allgäu 1959 zu folgender Einschätzung: „Vielleicht finden sich auch unter der ‚Deutschen Jugend', jenseits des ‚Eisernen Vorhangs' solche Kämpfer für die Freiheit, wie sie es nicht nur im Nazireich, sondern auch in Ungarn 1956 gab. Es wäre zu wünschen."[21] Der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 förderte zusammen mit den immer wieder aufflackernden Arbeiter-, Studenten- und Schülerprotesten in der DDR die Gleichsetzung oppositionellen Handelns in der Gegenwart und im Nationalsozialismus[22].

Die bundesdeutsche Gesellschaft versuchte so, die gegenwärtige politische Situation in eine historische Kontinuität des Wider-

---

[19] Flugblatt „Kommilitonen! Kommilitoninnen!", zit. nach: Scholl, Weiße Rose, S. 108ff., hier S. 108.

[20] IfZ-Archiv, ED 474/397, Rede Inge Scholls bei einer von RIAS Berlin übertragenen Sendung „Gedenkstunde der Freien Universität für Professoren und Studenten, die dem nationalsozialistischen und sowjetischen Terror zum Opfer fielen", vom 20. 7. 1951.

[21] IfZ-Archiv, ED 474/6, Aufsatz des Schülers H. vom 26. 5. 1959, und Helmut Steinsdorfer an Robert Scholl vom 2. 7. 1959.

[22] Vgl. Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 77ff.

stands zu stellen. Das entschärfte auch die Problematik, dass der Widerstand gegen den Nationalsozialismus gescheitert war. „Erfolg" wurde durch „Wirkung" ersetzt. Inge Scholl formulierte diese Interpretation 1959 ganz deutlich: „Man würde alles missverstehen, wenn man hier die Frage nach dem Erfolg stellte. Fragen muss man nach der Wirkung. Die Antwort kann nicht von jenen kommen, die tot sind, sondern von den Lebenden."[23] Es war also gar nicht möglich, über die „Weiße Rose" zu sprechen, ohne politisch zu sein. Zugleich wurde so die Geschichte des Widerstands aber auch an eine demokratische Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik gekoppelt.

5. Entpolitisierung der „Weißen Rose" nach 1968

In den 1960er Jahren wurde diese Konnotation jedoch zunehmend problematisch. Die lange Zeit latenten Widersprüche zwischen dem Anspruch demokratischer Mitbestimmung und der politischen Realität in der Bundesrepublik brachen nun sichtbar auf. Dies führte auch zu einer kritischen Überprüfung des Umgangs mit der NS-Vergangenheit und den damit verbundenen Erinnerungsbeständen[24]. Auch Inge Scholl sah die Bundesrepublik der 1960er Jahre kritisch. Sie war der Meinung, dass das entscheidende Vermächtnis des Widerstands, die Beteiligung des Einzelnen an politischen Entscheidungsprozessen, nicht ausreichend realisiert werde. Die Expertenkultur, die strukturelle Festlegung von Mitbestimmung auf Parteien und Institutionen entsprach nicht dem, was sie sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit von der politischen Zukunft Deutschlands erwartet hatte. 1960 stellte sie fest: „Das Angebot des Widerstands ist ausgeschlagen worden."[25] Die aufkommenden Studentenproteste, die mehr Mitsprache forderten, erschienen ihr deshalb als Vorboten eines neuen demokratischen Aufbruchs. In Interviews zeigte sie sich überzeugt, dass auch ihre Geschwister die protestierenden Studenten unterstützt hätten[26]. Für den politischen

---

[23] IfZ-Archiv, ED 474/398, Inge Scholl: Die Weiße Rose. Erinnerungen an eine Gruppe des deutschen Widerstandes, Rede gehalten bei der Tagung „Deutscher Widerstand und europäische Résistance" der Evangelischen Akademie Berlin am 20.7.1959.

[24] Vgl. Detlef Siegfried, Time is on my side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006, S. 61–72.

[25] IfZ-Archiv, ED 474/398, Rede Inge Scholls vor der Jüdischen Gemeinde Berlin vom 9.6.1960.

[26] Stadtarchiv München, NL Kurt Huber, Bd. 203, Ausschnitt aus der Neuen Rheinzeitung: „Im Geiste der Scholls", o.D. (ca. 1968).

Aktionismus der Studenten jedoch spielte der Widerstand gegen den Nationalsozialismus kaum eine Rolle. Die Helden der Studentenbewegung waren andere, gegenwartsnähere, man brauchte die Geschwister Scholl nicht. Diese Einschätzung kam nicht nur von der Studentenbewegung selbst, sondern wurde auch von älteren kritischen Intellektuellen wie Harry Pross geteilt[27]. Die Zuschreibungen von politischen Motiven und Zielen der „Weißen Rose", die für eine ganze Generation Hintergrundfolie und Leitbild des eigenen politischen Handelns gewesen waren, verloren nun an Wert.

Eine Begründung für den Ausschluss der „Weißen Rose" aus dem politischen Selbstverständnis der Protestbewegung lieferte 1968 der Berliner Student Christian Petry. Im Magazin „Stern" veröffentlichte er zusammen mit Vincent Probst, dem Sohn des zusammen mit den Geschwistern Scholl hingerichteten Christoph Probst, den Artikel „Studenten aufs Schafott". Darin beurteilten die Autoren das Handeln der „Weißen Rose" als rein idealistische Tat ohne politische Bedeutung:

> „Im Namen dieses Idealismus lassen sich keine politischen Taten mehr tun, und bereits die Tat der ‚Weißen Rose', die im wesentlichen eine Opfertat war, hatte einen durchaus unpolitischen Charakter. [...] Wenn wir also die ‚Weiße Rose' historisch sehen ohne Bezug zur Gegenwart, dann wird sie damit nicht ein Stück unbewältigter Vergangenheit. Sie *ist* Vergangenheit."[28]

Die „Weiße Rose" wurde historisiert und damit auch entpolitisiert. Erinnerung an den Widerstand wurde zunehmend wieder zu einer Privatangelegenheit der Betroffenen, ohne politische Bedeutung. Die Verknüpfung der Erinnerung an die „Weiße Rose" mit den politisch wirkmächtigen Diskursen der Vergangenheitsbewältigung der 1940er und 1950er Jahre konnte sich im Laufe der 1960er Jahre immer weniger durchsetzen. Die Möglichkeiten politischer Partizipation, die der Erinnerungsdiskurs Inge Scholl einmal geboten hatte, schwanden, als sich dieser wandelte. Anstelle der „Helden" des Widerstands rückten nun die ohnmächtigen und vergessenen Opfer des Nationalsozialismus in den Mittelpunkt[29]. Erst Anfang

---

[27] Vgl. Harry Pross, Zum Gedächtnis der Weißen Rose. Rede, gehalten in Ulm (Donau) am 20. Februar 1968, in: Neue Rundschau 2 (1968), S. 288–293.

[28] IfZ-Archiv, Fa 215/4, Zeitungsausschnitt: Christian Petry/Vincent Probst, Studenten aufs Schafott, in: Stern 8 (1968), S. 32ff., Hervorhebung im Original.

[29] Vgl. Constantin Goschler, Politische Moral und Moralpolitik. Die lange Dauer der „Wiedergutmachung" und das politische Bild des „Opfers", in:

der 1980er Jahre wurde auch die Geschichte der „Weißen Rose" in diesen neuen Diskurs eingepasst[30].

Für Inge Scholl bedeutete diese Entwicklung nicht das Ende ihrer politischen Aktivitäten, aber es ist durchaus eine Neuorientierung und zunehmende „Privatisierung des Politischen" durch Inge Scholl in den Jahren nach 1968 festzustellen. 1968 fand der letzte von ihr mitorganisierte Ostermarsch in Ulm statt[31] und die maßgeblich von ihr auf den Weg gebrachte Ulmer „Hochschule für Gestaltung" schloss ihre Pforten[32]. 1972 zog sie mit ihrer Familie aus Ulm nach Rotis, ein abgelegenes Mühlengelände im Allgäu[33]. Zwei Jahre später legte sie auch ihr Amt als Leiterin der Volkshochschule Ulm nieder[34]. Wie schon 1943 war auch jetzt der geografisch sichtbare Rückzug Zeichen einer Veränderung in ihrem politischen Leben.

6. Resümee

Inge Scholl erfuhr ihre erste politische Sozialisation im Nationalsozialismus, und zwar mit der „Machtergreifung" 1933, die für sie eine Art politische Erweckung darstellte. Ihr zweites Schlüsselerlebnis fand ebenfalls während des Dritten Reichs statt, diesmal aber unter umgekehrten Vorzeichen. Nun war es die Hinrichtung ihrer Geschwister als „Hochverräter", die diesen Entwicklungsprozess in Gang setzte. Doch die Möglichkeit, ihre neuen Vorstellungen von Politik und Gesellschaft auch in die Öffentlichkeit zu tragen, bot sich ihr erst nach Kriegsende 1945. Die Erfahrung einer ersten Politisierung im Nationalsozialismus, den Bruch mit dem NS-Regime und die daraus erwachsene konsequente Hinwendung zur Demokratie teilte sie mit vielen Vertretern der Generation der „'45er"[35]. Dass sich ihre politische Partizipation vor allem im Feld von Erinnerung abspielte, war auch der spezifischen Konstellation

---

Habbo Knoch (Hrsg.), Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren, Göttingen 2007, S. 138–156.

[30] Vgl. etwa die zahlreichen Neuveröffentlichungen zur „Weißen Rose", beginnend mit: Hermann Vinke, Das kurze Leben der Sophie Scholl, Ravensburg 1980.

[31] IfZ-Archiv, ED 474/658, Dokumentation Ostermarsch, Ulm 1968.

[32] Vgl. Paul Betts, The authority of everyday objects. A cultural history of West German industrial design, Berkeley u.a. 2004.

[33] Vgl. Hans Hermann Wetcke (Hrsg.), In Rotis, Lüdenscheid 1987.

[34] IfZ-Archiv, ED 474/441.

[35] Vgl. A. Dirk Moses, The Forty-Fivers. A Generation between Fascism and Democracy, in: German Politics and Society 17 (1999), S. 94–126.

geschuldet, dass die Deutschen nach dem Ende des Nationalsozialismus auf der Suche nach neuen, unbelasteten Erinnerungsbeständen waren. Dazu kam, dass Inge Scholl bereit war, ihre Familiengeschichte mit der Öffentlichkeit zu teilen, weil sie selbst von der Bedeutung des Widerstands für den politischen Wiederaufbau überzeugt war. Die Reichweite dieser Partizipation war aber stets vom gesellschaftlichen und politischen Rahmen begrenzt, in den bestimmte Aussagen über Vergangenheit und Gegenwart eingepasst werden mussten. Inge Scholl integrierte die Geschichte der „Weißen Rose" bis Anfang der 1960er Jahre über das Diskursfeld „Demokratie", „Freiheit" und „Frieden" in die politische Geschichte der Bundesrepublik. Die Umwälzungen im Zuge von „'68" sprengten diese Zusammenhänge und führten zu einer Entpolitisierung der Auseinandersetzung mit der „Weißen Rose". Inge Scholl verlor damit nicht ihre Bedeutung in der Debatte über den Widerstand, aber ihren Einfluss im politischen Diskurs der Bundesrepublik.